

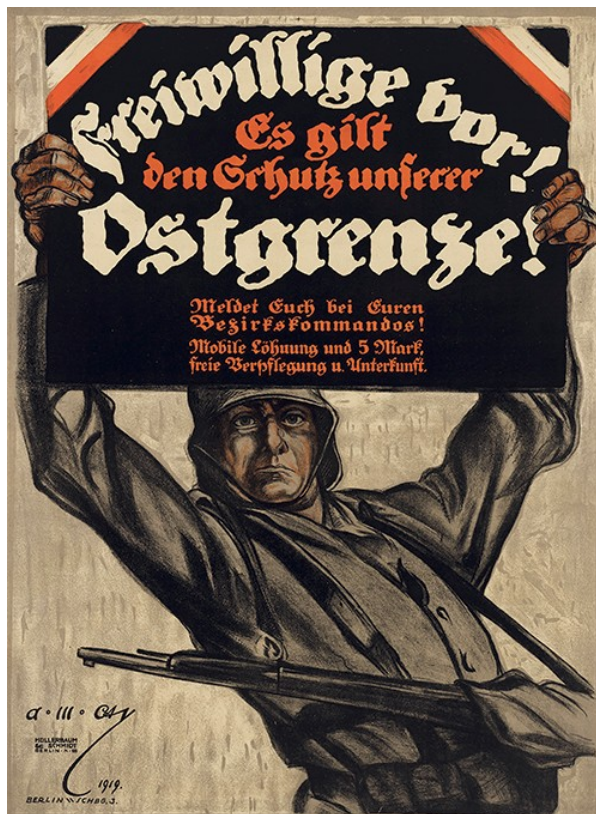


Raus aus der NATO

INFO 67 – 2016

Die Ostgrenze wird heute wieder „geschützt“:

**Bundeswehr gilt als
Speerspitze der
Freiheit!**



XX



DÜSSELDORF – ROJACIWAN

Die kurdische Jugend in Europa ruft zu einer europaweiten Demonstration und Kundgebung auf um gegen die in den vergangenen Monaten verstärkte Kriminalisierungspolitik des deutschen Staates gegen kurdische zivile Organisationen demokratisch zu protestieren.

Im Folgenden veröffentlichen wir den Aufruf von Ciwanên Azad und Jinên Ciwan ên Azad:

Hausdurchsuchungen, Razzien, Festnahmen, Untersuchungshaft und langjährige Haftstrafen, Bespitzelung, Drohungen und Erpressungen, Schikanen, Verbote, Kontrollen, Knüppel, Schläge, Tritte, Reizgas und Pfefferspray. Die Repression des Staates begegnet uns tagtäglich in unterschiedlichen Formen, doch immer hat sie das gleiche Ziel: uns zu brechen.

Während das faschistische AKP-Regime in Nordkurdistan Tag für Tag die Zivilbevölkerung

massakriert, ganze Städte zu Schutt und Asche gebombt werden und Tausende in den Kerkern und Folterkellern des türkischen Staates verschwinden, während hunderttausende Menschen ihrer Heimat beraubt und zur Flucht gezwungen werden, werden dieser Tage vor deutschen Gerichten regelrechte Schauprozesse gegen zahlreiche kurdische Politiker, ausgetragen. Nicht nur in Form von Waffenlieferungen, Weitergabe von militärisch-technischem Know-How und Milliarden von Euros im Rahmen des unmoralischen EU-Flüchtlingspaktes, leistet der deutsche Staat dem türkischen Regime, Schützenhilfe. Der deutsche Staat ist auch aktiv an der Verfolgung und Kriminalisierung der kurdischen Freiheitsbewegung beteiligt.

Unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft oder der Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung (§129b), namentlich der Arbeiterpartei Kurdistans PKK, wurden im vergangenen Jahr zahlreiche Räumlichkeiten durch die Kräfte des deutschen Staates gestürmt, Beschlagnahmungen durchgeführt, unsere Freunde verschleppt und vor die Richterbank geschleift.

Kurdische Vereine sind permanenter Überwachung ausgesetzt, AktivistInnen werden auf Schritt und Tritt verfolgt und Beamte des Staats- und Verfassungsschutzes scheuen auch vor direkten Anwerbeversuchen nicht zurück. Nicht selten wird versucht, Jugendliche mittels Drohungen und Erpressungsversuchen, für Spitzeldienste zu gewinnen. Mittlerweile genügt die harmlose Teilnahme an einer Kundgebung, der Besitz einer Zeitung oder auch nur ein Besuch im Verein um ins Visier der Fahnder zu geraten.

Doch nicht nur linke kurdische Strukturen stehen massiv unter Beschuss. So wurde am 17.06. vor dem Münchner Staatsschutzsenat auch der Prozess gegen zehn türkische KommunistInnen, denen man eine Mitgliedschaft in der TKP/ML vorwirft, eröffnet. Der Prozess der den zehn AktivistInnen gemacht wird, ist der größte Staatsschutzprozess seit den 90er Jahren. Wir sehen im Zusammentreffen, der Prozesse, der Festnahmen usw. keinen Zufall sondern eine direkte Kooperation der deutschen Justiz mit dem Regime Erdogans. All das zeigt, dass nicht nur kurdische Strukturen zunehmend mit Repression zu kämpfen haben, sondern die Vorstöße des deutschen Staates, Teil einer regelrechten Offensive gegen alle demokratisch-revolutionären Bewegungen sind.

In den vergangenen Wochen und Monaten, steht vor allem die kurdische Jugend im Fokus der Repressionsbehörden. So kam es nicht nur in Stuttgart zu Hausdurchsuchungen, bei denen ein kurdischer Jugendlicher in Untersuchungshaft genommen wurde, sondern auch in NRW und Hannover zu groß angelegten Polizeioperationen, bei denen 32 Wohnungen durchsucht wurden. Mittlerweile hat auch die Verbotspraxis des deutschen Staates ein neues Niveau erreicht.

So wurden harmlose Sportveranstaltungen, wie ein Fußballturnier, als „getarnte“ Kundgebungen betitelt und untersagt. Durch derartige Verbote wird versucht, die kurdischen Jugendlichen jeglicher Grundlage zur Organisation zu berauben und sie einzuschüchtern. Wer sich dennoch nicht unterkriegen lässt, bekommt im Anschluss, allzu oft die harte Hand des Staates zu spüren.

Wir können und werden, die Verfolgung der KurdInnen und ihrer Strukturen, insbesondere der Jugend, nicht länger akzeptieren. Wenn wir Angst haben müssen uns in unseren Vereinen zu treffen uns zu organisieren und unsere Kultur auszuleben, wenn wir immer wieder daran gehindert werden

<https://deutsch.rt.com/asien/39297-china-militarisches-sabelrasseln-im-vorfeld/>

Asien

"USA werden einen hohen Preis zahlen" - China bereit USA im Südchinesischen Meer zu konfrontieren

6.07.2016

Peking muss sich darauf vorbereiten, die USA „einen Preis zahlen zu lassen, den sie nicht ertragen können“, sollte Washington weiter im Südchinesischen Meer



intervenieren. So der Leitartikel des bekannten staatlichen Nachrichten-Magazins "Global Times". Der Artikel erschien nur wenige Tage, bevor ein Gericht in Den Haag über den Territorialstreit zwischen China und den Philippinen entscheiden wird.

Das militärische Aufrüsten der USA richte sich gegen die Lebensinteressen Chinas und stelle „eine direkte Bedrohung für die nationale Sicherheit“ dar. Washington verlege zwei Flugzeugträgerkampfgruppen in die umstrittene Region, kritisierte das Magazin Global Times jeweils in seiner chinesischen und englischen Ausgabe.

Peking solle die Entwicklung seiner Fähigkeiten zur strategischen Abschreckung beschleunigen, um die Vereinigten Staaten einzudämmen, heißt es weiter im Bericht. Wörtlich wird im Artikel ausgesagt:

„Auch wenn China kurzfristig mit den USA militärisch nicht mithalten kann, sollte es in der Lage sein, die USA einen Preis zahlen zu lassen, den es nicht ertragen kann, wenn sie im Streit um das Südchinesische Meer mit Gewalt eingreifen sollten.“

China sei ein friedfertiges Land, das den Dialog über die umstrittene Region begrüße, schrieb die einflussreiche Zeitung, „aber es muss auf jede militärische Konfrontation vorbereitet sein“.

Es wird angenommen, dass von der Global Times enge Beziehungen in die chinesische Regierung führen. Die Zeitung agiert unter dem Schirm der offiziellen Zeitung der Kommunistischen Partei Chinas, „Renmin Ribao“ (zu Deutsch: „Tageszeitung des Volkes“).

Der Leitartikel vom Dienstag kam, zeitlich vermutlich abgestimmt, nur eine Woche vor der Entscheidung eines Internationalen Schiedsgerichts in Den Haag heraus. Das Gericht entscheidet über die Rechtmäßigkeit von Territorialansprüchen Chinas und der Philippinen im Südchinesischen Meer. Im Jahr 2013 reichten die Philippinen eine Beschwerde ein, da Peking ihrer Meinung nach die Spratly-Inseln unrechtmäßig besetzt hätte. Die Inseln sind derzeit von so großem Interesse, da sie inmitten strategisch wichtiger Schifffahrtsrouten zwischen West und Ost liegen.

China betrachtet das am 12. Juli fällige Urteil als „eine Bedrohung für die Integrität und sowohl maritime als auch territoriale Souveränität Chinas“. Laut den Global Times ist „das Schiedsverfahren nichts anderes als eine Farce“. Peking will das Urteil nicht anerkennen.

Die Spratly-Inseln umfassen mehr als 750 Inseln, Atolle oder Riffe. Das Inselfeld liegt zwischen den Staaten Vietnam, den Philippinen, Taiwan, Malaysia, Brunei und eben China. Alle genannten Staaten beanspruchen die Inseln mehr oder weniger für sich.

China führt Militärmanöver durch

Außerdem kündigte Peking vor der Entscheidung in Den Haag ein maritimes Militärmanöver an. Dieses wird zwischen der Insel Hainan und den Paracel-Inseln (auf Chinesisch: Xisha) durchgeführt. Auch diese Region gilt als umstritten. Die Übungen haben am Mittwoch begonnen und werden noch bis zum kommenden Montag andauern. Involviert sind zwei chinesische Lenkraketen-Zerstörer und eine Fregatte.

Das Manöver löst in der Region Ängste aus. Die Global Times bewertetet das Manöver als „Gegenmaßnahme“ zu US-Anstrengungen, die zum Ziel haben, „China militärisch und politisch unter Druck zu setzen“.

In den vergangenen Jahren gewann Peking zahlreiche Inseln im Südchinesischen Meer zurück und baute auf diesen militärische Anlagen aus. Washington beschuldigt China eines „aggressiven Verhaltens“, das die freien Schifffahrtswege in internationalen Gewässern beeinträchtigen würde.

Chinas Präsident Xi Jinping betonte wiederholt, Peking habe keine Pläne, jemanden anzugreifen. Aber es werde an seiner Politik der aktiven Verteidigung festhalten.

XX



<http://der-semit.de/war-elie-wiesel-das-gewissen-der-welt/>



War Elie Wiesel das Gewissen der Welt?

Veröffentlicht am [5. Juli 2016](#)

Elie Wiesel ist gestorben und die Weltpresse wird nicht müde ihn zu loben und zu preisen. „Elie Wiesel verkörperte die Entschlossenheit des menschlichen Geistes, die dunkelsten Teufel zu bezwingen.“ Sagte Israels Staatspräsident Reuven Rivlin. „Sein Leben war dem Kampf gegen jede Form von Hass gewidmet – er war uns ein Vorbild.“ Und für Bundeskanzlerin Angela Merkel war Wiesel „ein eindringlicher Mahner und ein großherziger Versöhner.“ Und sie vergisst nicht zu erwähnen, dass Elie Wiesel „uns Deutschen die Hand ausgestreckt hat.“ Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland sagte, Wiesel „stiftete durch sein Wirken Frieden und Versöhnung.“

Soviel Heuchelei und peinliche Lügen sind selten über einen Toten gesagt und geschrieben, getwittert und über facebook verbreitet worden. Den Vogel schoss US-Präsident Barack Obama ab: Elie Wiesel „Das Gewissen der Welt.“

Wiesel hat sich zuletzt für sudanesishe Flüchtlingskinder eingesetzt, mit ungebrochenen Elan. Sein Leben lang hat er sich für Holocaust-Überlebende eingesetzt, aber auch für die Unterstützung

XX

http://www.erhard-arendt.de/deutsch/palestina/Stimmen_deutsch/Strohmeyer_Arn_Ein_Humanist.htm

Ein Humanist? Zum Tod von Elli Wiesel

Arn Strohmeyer



Dass der Holocaust eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte war, ist unumstritten. Umstritten ist aber, welche Folgerungen man aus diesem Mega-Mord zieht, der ja nicht nur Juden betraf, sondern auch die Angehörigen anderer Volksgruppen. Der israelische Historiker Shlomo Sand beschreibt, wie er in Israel immer wieder Menschen aus allen Bevölkerungsschichten gefragt habe, wie viele Menschen die Nazis im Holocaust ermordet hätten. Die Antwort hätte immer gleich gelautet: „Sechs Millionen!“ Nur diese Antwort – so Sand – ist falsch. Er wies seine Gesprächspartner darauf hin, dass er nach „Menschen“ gefragt habe und nicht allein nach Juden. Seine Gesprächspartner waren immer sehr erstaunt und ganz selten habe jemand die Antwort gewusst. Unter Berufung auf den Holocaust-Forscher Raul Hilberg gibt Sand die Zahl der ermordeten Juden mit etwa fünf Millionen an. Die Zahl der zivilen Opfer des Zweiten Weltkrieges beträgt aber – so Sand weiter – etwa elf Millionen Menschen. Doch diese Zahl sei völlig aus dem kollektiven Gedächtnis des Westens gelöscht worden. Sand fragt dann, warum diese „Gesamtzahl“ völlig verschwunden sei und nur die „jüdische“ Zahl bewahrt wurde. Er notiert: Im Zuge der Konstruktion der Erinnerung an die Ermordeten ist eben eine „ethnische“ Selektion durchgeführt worden.

Sand kritisiert also, dass der Tod der anderen in der Erinnerung gar nicht mehr stattfindet: „Vom letzten Viertel des 20. Jahrhunderts an verschwinden beinahe alle Opfer, die von den Nazis nicht als ‚Semiten‘ bezeichnet wurden. Der industrielle Mord wurde zur ausschließlichen jüdischen Tragödie. Die westliche Erinnerung an die Konzentrations- und Vernichtungslager entledigte sich fast gänzlich aller anderen Opfer, darunter geistig Behinderte, Sinti und Roma, Angehörige des kommunistischen und sozialistischen Untergrunds, Zeugen Jehovas, polnische Intellektuelle sowie sowjetische Kommissare und Offiziere. Bis auf die Homosexuellen vielleicht wurden all jene, die die Nazis parallel zur systematischen Ermordung der Juden austilgten, durch die hegemonialen Erinnerungsnetzwerke ein weiteres Mal ausgelöscht. Wie konnte es dazu kommen, und wie prägt diese neue Erinnerungskonstruktion die heutige jüdische Identität?“

Sand nennt zwei Gründe für diese Phänomene: Erstens das Schweigen über den Holocaust nach dem Krieg. Der Westen einschließlich Israels hätten zunächst die schmachvolle Erinnerung an die Vernichtung der Juden kulturell und intellektuell weitgehend verdrängt. Zudem sei das Image der Überlebenden der Lager äußerst negativ gewesen. Man unterstellte ihnen, jemand könne nur auf Kosten anderer, die an seiner Stelle ermordet wurden, dieser Hölle entkommen sein. Den zweiten Grund für das Schweigen sieht Sand in der Situation des Kalten Krieges. Der Westen habe alles getan, um Westdeutschland wieder in die Familie der Völker zu integrieren. Das sei nur mit einer Strategie des Vergessens möglich gewesen. Sand wurde zu seiner Kritik auch durch die Erinnerungspolitik Israels – vor allem durch seinen Anspruch, „auf ein Monopol am nationalsozialistischen Morden“ – veranlasst.

Die Wende sei dann Ende der sechziger Jahre eingetreten. Deutschland sei nun durch die Wiedergutmachungsleistungen gut in den Westen eingebunden gewesen. Dazu sei der israelische Sieg im Krieg von 1967 gekommen. Israel sei zum kleinen, aber mächtigen Staat geworden, der ein anderes Volk [die Palästinenser] unterworfen habe und nun beherrsche. Anstatt die Schwäche der jüdischen Opfer des Holocaust zu kaschieren, habe man nun begonnen, sie zu verherrlichen und zu Märtyrern zu stilisieren. Die Aufmerksamkeit habe von nun an den ermordeten Juden gegolten, die keinesfalls mit den Opfern anderer Verbrechen zu vergleichen seien.

Die anderen Opfer – so Sand weiter – wurden aus der Erinnerung ausgeblendet, und alle anderen Massenmorde in der Vergangenheit und Gegenwart schrumpften auf Zwergengröße. Die Gewichte in der Bewertung des Holocaust hatten sich dadurch auch vollständig verschoben: „Hitlers Streben, die Juden aus der ‚normalen‘ Menschheit auszusondern, verwirklichte sich auf pervertierte Weise in der Erinnerungspolitik Israels und seiner Anhänger in der westlichen Welt. In der zionistischen Rhetorik wurde mehr und mehr die ewige Einzigartigkeit des Opfers statt des Henkers, des Juden statt der Nazis betont. Demnach gibt es reichlich Henker wie Hitler, doch solche Opfer wie die Juden gab es nie zuvor und wird es auch nie wieder geben. (...) In den Augen der Welt sind gemäß dieser Erinnerungskonstruktion nicht die Organisatoren der nationalsozialistischen Mordindustrie das Außergewöhnliche in der Geschichte Europas nach der Aufklärung, sondern einzig und allein die Ermordeten und Verfolgten jüdischer Herkunft.“ (...)

XX





Auch wenn Nordkorea kein Land ist das auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus (ML) aufgebaut ist,

Für die Welt-Bourgeoisie bleibt es ein rotes Tuch. Alle Reflexe eines perversen Antikommunismus werden in einer Hass- und Hetzpropaganda gegen Nord-Korea angewandt.

- <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/geldwaesche-eu-veroeffentlicht-liste-der-groessten-geldwaesche-laender-a-1101421.html>

05. Juli 2016,

Nordkorea auf Platz eins

Das ist die EU-Liste der größten Geldwäscheländer

Von [Markus Becker](#), Brüssel

Bekannte Steueroasen fehlen, dafür gibt es so manche Überraschung: Die EU-Kommission hat eine neue Liste der Risikoländer für Geldwäsche und Steuervermeidung veröffentlicht.

Großkonzerne schleusen mit ihrer Hilfe Milliarden Gewinne am Fiskus vorbei, Privatleute verbergen ihre Reichtümer in Briefkastenfirmen, Terroristen und Kriminelle verschleiern ihre Aktivitäten - Steueroasen sind für die EU ein massives Problem. Wie gigantisch deren Ausmaß ist, hat zuletzt der Skandal um die [Panama-Papiere](#) gezeigt.

Jetzt kommt die Reaktion der EU-Kommission: Am Dienstag stellt die Brüsseler Behörde eine Überarbeitung der im Mai 2015 beschlossenen vierten Geldwäsche-Richtlinie vor. Sie soll Schlupflöcher für Terroristen und andere Kriminelle und Steuerhinterzieher schließen. Die Kommission will dazu unter anderem die Zusammenarbeit der nationalen Finanzbehörden stärken, virtuelle Währungen und Prepaid-Kreditkarten schärfer überwachen und transparent machen, wer [die wahren Eigentümer](#) von Offshore-Firmen oder Treuhandfonds sind.

Steueroasen spielen hier eine zentrale Rolle. Deshalb enthält der Entwurf zur Überarbeitung der Geldwäsche-Richtlinie, der SPIEGEL ONLINE vorliegt, auch eine Liste der "Hochrisiko-Länder mit strategischen Defiziten", die das Finanzsystem der EU bedrohen. Doch sie liest sich merkwürdig: Auf ihr findet sich kein einziges jener Länder, die als Steueroasen berüchtigt sind.

Hochrisiko-Land Nummer eins: Nordkorea

Am gefährlichsten in Sachen Geldwäsche und Terrorfinanzierung ist laut der Liste **Nordkorea**. Es sei das einzige Land, das sich beharrlich weigere, die erkannten Defizite zu beheben, heißt es im Anhang zum Änderungsentwurf der Kommission. Als weitere Hochrisiko-Länder, die sich aber bereits zu Verbesserungen verpflichtet hätten, nennt die Kommission

- Afghanistan,
- Bosnien und Herzegowina,
- Guyana,
- den Irak,
- Laos,
- Syrien,
- Uganda,
- Vanuatu
- und Jemen.

Wo aber sind die britischen Jungferninseln? Wo die Seychellen, Liechtenstein, Zypern, Luxemburg oder eben Panama - also jene Staaten, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung absurd hohe Zahlen an Firmen beherbergen, von denen ein Großteil aus nicht viel mehr als einem Briefkasten besteht?

Dass sie nicht auftauchen, liegt an den Kriterien der Liste: Sie basiert darauf, wie die Rechtslage in einem Land im Hinblick auf Geldwäsche oder Terrorfinanzierung aussieht - und weniger darauf,

Kims korruptes Reich

„Eine Ursache für die Korruption in Nordkorea sind die extrem niedrigen Gehälter von Beamten und Polizisten. Bestochen werden sie nicht nur mit Geld, sondern auch in Form eines Gegengefallens oder mit einem Päckchen Reis oder einem Paket Fleisch“, sagte Rukshana Nanayakkara, Abteilungsleiter der Asien-Pazifik-Abteilung bei Transparency, gegenüber BILD.

„Die Regierung kontrolliert die Nahrungsmittelrationen, über das Militär werden sie verteilt. Die zuständigen Beamten zweigen 1.) Geld für sich und ihre Familien ab und geben 2.) gegen Bestechung größere Rationen heraus.“

► Innerhalb des nordkoreanischen Staatsapparats ginge zudem oftmals öffentliches Eigentum verloren: „Welche Folgen das hat, hat ein Vorfall vor einigen Jahren gezeigt, als das nordkoreanische Regime einen Wohnkomplex für Militärs und ihre Familien errichten ließ. Das Gebäude brach zwei Jahre nach Fertigstellung in sich zusammen, viele Bewohner starben in den Trümmern. Später stellte sich heraus: Die Anlage war mit minderwertigem Baumaterial gebaut worden – weil die für den Bau Verantwortlichen die eigentlichen Baustoffe gestohlen und auf dem Schwarzmarkt verkauft hatten.“

<http://www.derwesten.de/politik/nordkorea-verfolgt-christen-am-staerksten-id10210131.html>

Christenverfolgung

Nordkorea verfolgt Christen weltweit am stärksten

07.01.2015

Unterdrückung, Arbeitslager, Misshandlungen: In keinem Staat werden Christen so stark verfolgt wie in Nordkorea. 70.000 von ihnen sind in dem abgeschotteten kommunistischen Land in Lagern interniert, wie aus dem am Mittwoch vom christlichen Hilfswerk Open Doors veröffentlichten "Weltverfolgungsindex 2015" hervorgeht. Dort seien sie schwerster Arbeit und Folter ausgesetzt. Zum 13. Mal in Folge setzte die in Organisation Nordkorea deshalb auf den ersten Platz ihres jährlich erscheinenden Indexes.

http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/id_61900282/kannibalismus-in-nordkorea-eltern-essen-eigene-kinder.html

Macht Not Nordkoreaner zu Kannibalen?

29.01.2013

Kannibalismus in Nordkorea: Eltern essen eigene Kinder.

Verarmtes Land: Nordkoreaner sitzen auf einer kaum benutzten Bahnstrecke (Quelle: dpa)



Grausige Details aus einem verarmten Land: In Nordkorea sollen Menschen ihre eigenen Kinder getötet und gegessen haben. Das behauptet ein Journalist der "Asia Press" in einer Reportage.

Demnach habe eine Hungersnot in den Provinzen Nord- und Süd-Hwanghae zehntausende Menschen getötet. Daraufhin würden immer wieder Eltern ihre Kinder töten und essen.

Kinder ermordet und gegessen - Todesurteil

So soll ein Mann zuerst seine ältere Tochter und dann seinen jüngeren Sohn getötet und ihr Fleisch zuhause aufbewahrt haben. Seine Frau habe nach der Rückkehr von einer Geschäftsreise Verdacht geschöpft und die Polizei gerufen. Diese fand Teile der Kinderleichen auf dem Grundstück.

Ein anderer Mann sei zum Tode verurteilt worden, weil er seine beiden Kinder aus Hunger ermordet und gegessen hatte. Ein Großvater grub zudem die Leiche seines Enkels aus, um sie anschließend zu verspeisen. In der "Sunday Times" bestätigte ein Vertreter der Koreanischen Arbeiterpartei, dass ein Mann in der Provinz Chongdan sein eigenes Kind gekocht und gegessen hatte.

Tote Menschen als "Schweinefleisch" verkauft

Der Journalist, dessen Darstellungen als glaubhaft eingestuft werden, zeigte sich "zutiefst schockiert über die zahlreichen Kannibalismusberichte". Eine offizielle Bestätigung der Fälle gibt es nicht.

In der Vergangenheit waren immer wieder Berichte über Kannibalismus in Nordkorea an die Öffentlichkeit gedrungen. Für Aufsehen sorgte unter anderem der Fall eines Mannes, der elf Menschen getötet und ihre Leichenteile als "Schweinefleisch" verkauft hatte.

<http://www.welt.de/politik/ausland/article121466242/Die-Volksarmee-Nordkoreas-ist-chronisch-korrupt.html>

Rückblick

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/britischer-geheimdienst-gchq-plant-rufmord-im-netz-12819527.html>

Veröffentlicht: 25.02.2014

Britischer Geheimdienst GCHQ plant Rufmord im Netz

Fehlinformationen, Sexfallen, gezielte Rufschädigung: Die Methoden, mit denen der britische Geheimdienst die Kommunikation im Internet manipulieren will, sind nicht zimperlich. Auch Unverdächtige sind im Visier der Agenten.



Die Zentrale des britischen Geheimdienstes GCHQ

Der britische Geheimdienst GCGQ infiltriert das Internet offenbar gezielt mit rufschädigenden und manipulativen Informationen. Das deckt die neue Enthüllungsplattform „The Intercept“ von Glenn Greenwald auf. Das Onlineportal, das der Investigativjournalist vor wenigen Wochen mit der Finanzhilfe des amerikanischen Milliardärs Pierre Omidyar startete, bedient sich dabei aus dem Archiv der Snowden-Dokumente, die sich in Greenwalds Besitz befinden.

Die Mittel der systematischen Rufschädigung gehen aus Dokumenten hervor, die die „Joint Threat Research Intelligence Group“ (JTRIG) der NSA und der „Fünf Augen“-Allianz vorgelegt hat. Unter dem Titel „Kunst der Täuschung“ berichtet eines dieser Dokumente detailliert über Praktiken, mit denen Netzwerke und Blogs zu überwachen und mit Falschinformationen die Stimmung im Netz zielgerichtet zu manipulieren sind.

Methoden der Rufschädigung

Zu den konkreten Methoden gehört es diesen Dokumenten zufolge, Personen mit Sexangeboten in

kompromittierende Situationen zu locken (Honigfalle), Falschinformationen unter ihrem Namen im Netz zu publizieren oder Mails an Freunde und Kollegen unter ihrer Identität zu verschicken. Eine weitere Taktik besteht darin, sich auf Foren als Opfer einer Person auszugeben, deren Ruf man schädigen möchte.

Zu den Zielen des GCHQ gehören laut Greenwald auch die Hacker der Anonymous-Gruppe, gegen die der Geheimdienst mit DDoS-Attacken vorgeht. Daneben setze die JTRIG Methoden der sozialwissenschaftlichen Forschung ein, um erwünschte Ergebnisse im Internet zu erzielen.

Greenwald spricht von einer breitflächigen Diskreditierung der Netzkommunikation. Zumal diese Methoden auch gegen Personen verwendet würden, die nicht unter kriminellem Verdacht stehen und keinerlei Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen. Das Bewusstsein einer weiteren Grenzverschiebung geht laut Greenwald klar aus den Dokumenten hervor

XX



**Die Kirchen sind Konzerne mit
rund 50.000 Unternehmen
in fast allen Branchen und einem
Gesamtumsatz von über 100 Milliarden €.**

Quelle: Der größte Raubzug aller Zeiten, 1. Auflage, September 2010, S. 15
© Ein Mahnmal für die Millionen Opfer der Kirche

Galerie der Kirchenkritik

Informationen zu Kirchenkritik, Kirchenaustritt, Trennung von Kirche und Staat – mit vielen Bildern, nützlichen Links und einem Fanshop für Plakate, Aufkleber, T-Shirts usw.:
www.galerie-der-kirchenkritik.de

„Diese Galerie zeigt nicht nur plakative Kirchenkritik. Sie ist vor allem eine plakative Forderung an die Gesellschaft.“

Kontakt:
Telefax: 08421 908465
E-Mail: info@galerie-der-kirchenkritik.de

Ladenbüro in Eichstätt:
Fuchsbräugasse 1, 85072 Eichstätt (zu Fuß eine Minute vom Marktplatz der Domstadt Eichstätt entfernt)

Mrg herbert